

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 14 – Psychosoziale Versorgung der Schüler*innen langfristig sicherstellen

Dazu sagt der bildungspolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Malte Krüger:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 287.24 / 27.09.2024

Wir wollen ausreichend Schulpsycholog*innen an unseren Schulen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die psychische Gesundheit von Schüler*innen ist immens wichtig, nicht nur für ihren Lernerfolg, sondern vor allem auch für ihre persönliche Entwicklung. Deshalb haben wir das Positionspapier der Landesschüler*innenvertretungen, der Elternvertretungen und des Verbandes der schleswig-holsteinischen Schulpsycholog*innen sehr ernst genommen. Wir haben dazu ein Expert*innengespräch im Bildungsausschuss durchgeführt und wir haben hier nun einen Antrag vorgelegt, der daraus Maßnahmen ableitet, weil uns das Thema enorm wichtig ist.

Psychosoziale Gesundheitsfaktoren in der Schule zu thematisieren und den Schüler*innen bei Problemen Unterstützung anbieten ist umso wichtiger. Daher ist es richtig, dass die Arbeit von Schulpsycholog*innen und Sozialarbeiter*innen ihre Anerkennung in der Entfristung und Erweiterung der Stellen erfahren muss. Dafür setzen wir Grüne uns ein. Der Antrag der SPD-Fraktion greift dahingehend zu kurz.

Bereits jetzt setzen wir auf ein breites Angebot: So wird beispielsweise das Programm „Traumapädagogik in Kindertagesstätten, in der Kindertagespflege und in Familienzentren“ (TIK-SH) in Grundschulen und Förderzentren multidisziplinär fortgeführt.

Mit unserem Alternativantrag bitten wir die Landesregierung nicht nur um eine Entfristung der befristeten Schulpsycholog*innen-Stellen, sondern auch um eine Stundenreduzierung für Schüler*innen insbesondere in der Oberstufe, um die zeitliche Belastung zu reduzieren, sowie um eine Prüfung möglicher Qualifizierungsmaßnahmen von Lehrkräften, eine verstärkte Kooperation zwischen Gesundheits- und Schulsystem, die Schaffung

eines einheitlichen Standards für Schulsozialarbeit aber eben auch um eine qualifizierte Bedarfsplanung für Schulsozialarbeit.

Klar ist: Wir müssen die psychische Gesundheit von Schüler*innen noch mehr in den Blick nehmen. Dadurch sorgen wir nicht nur für eine Entlastung der Schüler*innen selbst, sondern auch bei Lehrer*innen und Schulen.

Der Vorschlag der SPD-Fraktion ist sehr ähnlich zu unserer Vorstellung. Wir wollen eine Verbesserung bei der psychosozialen Gesundheitsversorgung. Allerdings gibt es einen kleinen Unterschied. Ich halte es für falsch, dass nach ihrer Vorstellung Corona-Notkreditmittel derzeit nicht für die Finanzierung von Schulpsycholog*innen genutzt werden sollen. Sie sprechen doch selbst immer wieder von den Auswirkungen von Corona auf unsere Schüler*innen. Genau deshalb ist es richtig, dass diese Mittel gerade für Schulpsycholog*innen genutzt werden. Wir unterscheiden uns also bei der derzeitigen Finanzierung. Perspektivisch fordern wir aber sehr ähnliches.

Vielen Dank!
